****

**Preistreiber Cross-Compliance und ministerielle Verschwendung**

Die EU ist stolz darauf, daß sie in den Bereichen Umweltschutz, Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanze sowie Tierschutz (zweimal Tier = Doppeltes Lottchen?) im internationalen Vergleich hohe Standards setzt. Direktzahlungen aus dem EU-Agrarhaushalt solle u.a. für den Ausgleich höherer Produktionskosten sein, die den Betrieben in den Mitgliedstaaten durch diese hohen Standards im Vergleich mit ihren Konkurrenten in anderen Ländern entstehen. Agrarminister Özdemir formuliert das publicitywirksam: öffentliches Geld für öffentliche Leistungen.

Ich möchte kurz die Entwicklung der staatlichen Zahlungen an Landwirte in Erinnerung rufen:

Nach dem Ende des 2. Weltkriegs war es das politische Ziel, die europäische Bevölkerung mit ausreichend Nahrungsmitteln zu angemessenen Preisen zu versorgen. Ab 1962 wurden schrittweise 22 Marktordnungen installiert mit dem Ziel der Absicherung eines bestimmten Erzeugerpreisniveaus und, so die offizielle Sicht, damit Einkommens in der Landwirtschaft. Ergebnis: eine unterproportionale Preissteigerung von Lebensmitteln im Vergleich zur Preissteigerung insgesamt. Letztendlich war das eine Lebensmittelsubvention für jedes Konsumenteneinkommen. Volkswirte nennen das Subvention mit der Gießkanne. Im Zuge des Agrarhandelsabkommen (im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens, GATT) von 1994 wurde auf die direkte Einkommensstützung der Landwirte umgestellt. Tatsache ist, daß trotz aller politischer Anpassungen diese Gelder nicht in den Bilanzen der Betriebe hängenblieben. Gleichzeitig aber die landwirtschaftlichen Primärprodukte zu nicht kostenadäquaten Preisen verkauft wurden. Also weiterhin Lebensmittelsubvention mit der Gießkanne. Prima. Oder?

Wenn im Rahmen der Cross-Compliance-Auflagen Zahlungen als Entschädigung für kostenwirksam erbrachte, aber nicht einkommenswirksame Leistungen erfolgen, fehlen Landwirten bisherige Teile ihres Einkommens. Die Folge: sogenannte wirtschaftliche Grenzbetriebe scheiden aus = vermehrtes Höfesterben. Die Abgabepreise für landwirtschaftliche Primärprodukte steigen. Das führt zu Preissteigerungen für Konsumenten. Die Reaktion: Alle Einkommensschichten reagieren mit Konsumzurückhaltung und Preisselektion. Corona und Ukraine sind eine Scheinerklärung. Der historische Sinn und Zweck von Direktzahlungen wird kannibalisiert weil die Verantwortlichen ein schlechtes Gedächtnis haben.

Der branchenfremde Minister Özdemir erweist sich als Belastungsminister: Tierwohl beschert Verbrauchern höhere Preise und Konsumvorschriften, Landwirten höhere Kosten und Bürokratur.

Wenn wir bei Kostendisziplin sind: Vier Ministerien kümmern sich um Umwelt, Klima, Natur: Wirtschaft, Auswärtiges Amt, Umwelt – Natur- etc., Verbraucherschutz etc., BMEL. Wie wärs zwecks Straffung und Kostensenkung mit einem einzigen Ministerium? Zwei Ministerien derzeit um Gesundheit: das für Gesundheit und das BMEL … und vielleicht noch das für Verbraucherschutz. Und wer kümmert sich um die ökonomischen Belange der Landwirtschaft? Vielleicht sollte es bei der Straffung eine Abteilung im Wirtschaftsministerium geben – die verstehen hoffentlich noch was Ökonomie.